





## WESTWÄRTS

Die Politik der SED gegen die eigene Bevölkerung lässt Ende der fünfziger Jahre die Zahl der Menschen sprunghaft ansteigen, die die DDR den Westen verlassen. Ihr Ziel ist die Bundesrepublik, wo Freiheit und Wirtschaftswunder die Flüchtlinge erwarten. Vor allem jüngere und gut ausgebildete Menschen entscheiden sich zur Flucht. Das ist allerdings nicht ungefährlich. Seit 1952 ist die innerdeutsche Grenze abgeriegelt; die Übergänge werden scharf kontrolliert. Auch um ganz Berlin haben ostdeutsche Grenzposten einen Sperrring gezogen. Dagegen wird die innerstädtische Grenze zwar überwacht, aber wegen der Zuständigkeit aller vier Alliierten für Berlin als Ganzes nicht vollständig gesperrt. Mehrere U- und S-Bahnlinien verkehren über die Sektorengrenze hinweg. Wer sich allerdings mit viel Gepäck der Demarkationslinie nähert, riskiert die Festnahme.

Dennoch ist das West-Berliner Notaufnahmelager Marienfelde bald völlig überfüllt. Liegt die Zahl der Flüchtlinge 1959 monatlich noch bei rund 12.000 Menschen, steigt sie 1960 um die Hälfte. Im Sommer 1961 sind es täglich bis zu 2400 Männer, Frauen und Kinder, die mit höchstens ein paar Koffern einen Neuanfang im Westen wagen. Wer als politischer Flüchtling anerkannt wird, bekommt entweder eine Wohnung in West-Berlin oder wird ausgeflogen. Da der zivile Luftverkehr von den westlichen Alliierten abgewickelt wird, sind die „Republikflüchtigen“ sicher. Die Forderung des sowjetischen Parteichefs Nikita Chruschtschow und des SED-Generalsekretärs Walter Ulbricht, den Flugverkehr von und nach West-Berlin zu kontrollieren, ist der durchsichtige Versuch, das Schlupfloch zu schließen.



## MAUERBAU

Mitten in der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 ist es so weit: Um 1.05 Uhr gehen die Lichter aus. Das Brandenburger Tor, sonst hell erleuchtet, liegt in der lauen Sommernacht schlagartig im Dunkeln. Nur schemenhaft sind Stützenpanzer zu erkennen, die durch das klassizistische Bauwerk rollen, und Uniformierte, die an der Bezirksgrenze von Mitte zu Tiergarten eine Postenkette bilden. Nicht nur hier, sondern überall rund um die drei westlichen Sektoren Berlins marschieren in diesen Minuten bewaffnete DDR-Kräfte auf. Sie sperren die etwa 80 bis dahin vorhandenen offiziellen Übergänge, ziehen über Straßen, durch Ruinegrundstücke und Parks Stacheldraht. Deutsche aus Ost-Berlin und der DDR dürfen die Sektorengrenze nur noch mit speziellen Passierscheinen überschreiten – also praktisch gar nicht. Gegen 1.45 Uhr ist ganz West-Berlin abgesperrt und

von bewaffneten Posten umstellt. Vom Frühjahr 1961 an bedrohte die Fluchtwelle die Existenz der DDR. Mit diesem Argument setzte Walter Ulbricht bei Nikita Chruschtschow durch, dass West-Berlin völlig abgeriegelt wird. SED-Sicherheitschef Erich Honecker tarnt die „Operation Rose“ perfekt. Obwohl umfangreiche Vorbereitungen nötig sind, tausende Soldaten, Polizisten und Männer aus den „Betriebskampfgruppen“ eingesetzt werden, gelangen vorab keine Details über die Abriegelung an die Öffentlichkeit. Einzelne Gerüchte lassen zwar den Bundesnachrichtendienst aufhorchen. Jedoch können sich Politiker in Bonn und West-Berlin nicht vorstellen, dass die DDR tatsächlich die Sperrung der innerstädtischen Sektorengrenze wagt und damit einen klaren Verstoß gegen den Vier-Mächte-Status begeht.



## REALPOLITIK

Der Westen wird durch den Mauerbau überrumpelt, sieht aber keinen Grund für harte Gegenmaßnahmen. Man bleibt gelassen: US-Präsident John F. Kennedy segelt vor Massachusetts, der britische Premier Harold MacMillan jagt in Schottland, der französische Präsident Charles de Gaulle erholt sich in der Champagne. Alle drei sehen in der Abriegelung lediglich eine Festschreibung der politischen Realität. Kennedy stellt lapidar fest: „Wir werden jetzt nichts tun, denn es gibt keine Alternative außer Krieg.“  
Peinlich genau achten die USA darauf, dass ihre Rechte nicht angetastet werden. Kennedy hat Nikita Chruschtschow schon am 25. Juli 1961 signalisiert, worauf der Westen bestehen wird – und worauf nicht. Unabdingbar sind für ihn die Präsenz der Alliierten in West-Berlin, freie Zugangswege von und nach West-Berlin sowie die

Selbstbestimmung der West-Berliner. Ost-Berlin kommt in Kennedys Fernsehsprache nicht vor. Die Deutschen aber sind nicht bereit, die Absperrung zu akzeptieren. Bürgermeister Willy Brandt schreibt nach Washington: „Untätigkeit und reine Defensive könnten eine Krise des Vertrauens gegenüber den Westmächten verursachen.“ Daraufhin schickt Kennedy seinen Vizepräsidenten Lyndon B. Johnson nach Berlin, ernannt Lucius D. Clay zum Sonderbeauftragten und lässt die West-Berliner US-Garnison durch 1500 GIs verstärken. Mit Panzern zeigen die Schutzmächte Präsenz. Das Vertrauen der West-Berliner kehrt zurück, besonders als Kennedy im Juni 1963 selbst die Stadt besucht und sagt: „Ich bin ein Berliner!“ Offiziell geregelt wird der durch den Mauerbau radikal veränderte Status von Berlin erst 1972 im Viermächteabkommen.



## VERZWEIFLUNG

Der Bau der Mauer spaltet nicht nur Berlin, er trennt auch Familien und Freunde. In den ersten Tagen nach dem 13. August hat die Absperrung noch Lücken. Tausende Ost-Berliner nutzen diese Chance. Allein in den ersten zwölf Stunden setzen sich drei Dutzend junge Leute schwimmend durch den Landwehrkanal, den Heidekampgraben und den Britzer Zweigkanal in den Westen ab. Auch über Friedhofs- und Werksmauern an der Sektorengrenze ist anfangs noch der Weg nach West-Berlin möglich. Viel schwieriger wird die Flucht, als vom 15. August 1961 an eine Sperre aus Beton- und Ziegelsteinen die Stacheldrahtverhaue in der Innenstadt ersetzt. Einigen Dutzend dienstverpflichteten Mauern gelingt der Sprung in die Freiheit; auch viele Grenzposten desertieren. Bis zum 23. August 1961 dürfen West-Berliner noch in den Ost-Teil fahren. Doch das SED-Politbüro unter-

bindet diese Möglichkeit, weil viele Ostdeutsche mit eingeschmuggelten West-Berliner Ausweisen die DDR verlassen. Für die nächsten zweieinhalb Jahre ist die Trennung der Menschen fast total. Nur Briefe und Telegramme kommen noch durch, stets streng kontrolliert und oft mit Verspätung. Bis in den Herbst 1961 hinein kriechen Flüchtlinge durch Fäkalien in Abwasserkanälen in den Westen. An einigen Stellen gelangen noch im September 1961 am heiligsten Tag gut koordinierte Massenfluchten durch zuvor zerschnittene Drahtverhaue. An den Grenzsperrern kommt es zu erschütternden Szenen: Junge Brautpaare im Westen verabschieden sich von ihren Eltern im Osten; geflüchtete Väter sehen ihre Frauen und Kinder oft für Jahre zum letzten Mal, Verliebte oder Geschwister müssen Abschied nehmen.



## KAHLSCHLAG

Um Fluchten zu verhindern, richtet die DDR auf ihrer Seite der Demarkationslinie Sperrgebiete ein. An der innerdeutschen Grenze wurde schon seit 1952 fast überall ein 500 Meter breiter Streifen völlig frei gemacht; Einwohner wurden zwangs-umgesiedelt, ihre Häuser abgerissen. Diese erste Massendeportation von 11.000 Menschen hieß SED-intern „Aktion Ungeziefer“.  
An der Sektorengrenze ist eine raumgreifende Absperrung unmöglich. Teilweise liegen zwischen den Häusern in West- und Ost-Berlin nur eine schmale Straße und zwei Bürgersteige – kaum mehr als 15 Meter. Bis in den September hinein flüchten Ost-Berliner, indem sie sich aus ihren Fenstern abseilen oder in Sprungtücher der West-Berliner Feuerwehr stürzen. Dabei sterben mehrere Menschen, andere werden schwer verletzt. Im September 1961 beginnen DDR-Grenzpostisten,

Gebäude entlang der Mauer zu räumen. Mehrere tausend Ost-Berliner müssen ihre Wohnungen aufgeben. Oft stehen Umzugswagen ohne Vorwarnung vor den Haustüren. Zuerst sind die Bernauer Straße im Stadtteil Wedding und die Harzer Straße in Treptow betroffen, denn hier bilden die Außenmauern der Häuser auf DDR-Seite die Bezirks- und damit Sektorengrenzen. Von 1964 an schaffen die Grenztruppen dann konsequent „freies Schussfeld“: Geräumte Gebäude in Mauernähe werden abgerissen. An der Bernauer Straße bleiben nur Reste der Erdgeschoss mit den vermauerten Türen stehen, an der Harzer Straße werden bald ganze Häuserzeilen komplett geschleift. Nicht nur Wohngebäude, sondern sogar Kirchen werden gesprengt. Bis in die achtziger Jahre hinein dauert die systematische Säuberung des „grenznahen Bereichs“ an.



## GRENZREGIME

Die SED-Führung lässt die Grenze rund um West-Berlin und an der innerdeutschen Grenze systematisch ausbauen. Wo es ausreichend Platz gibt, wird eine fünf Kilometer breite Sperrzone eingerichtet, die nur mit Sonderausweisen betreten werden darf. Pioniere der Grenztruppen verlegen von Herbst 1961 an längs der innerdeutschen Grenze bis zu 1,3 Millionen Anti-Personen-Minen sowjetischer Bauart. Seit 1970 kommen spezielle Splittermine mit zielgerichteter Wirkung hinzu, die am letzten Zaun auf DDR-Gebiet angebracht werden – in Richtung Osten. Diese „Selbstschussanlagen“ durchsieben jeden Menschen, der sie auslöst. Bis zu 440 Kilometer der innerdeutschen Grenze werden mit 60.000 dieser Mordautomaten nahezu unüberwindlich gemacht; fast 50 Millionen Mark wendet der SED-Staat allein dafür auf. Hinzu kommen Maßnahmen wie Stolper- und Signaldrähte,

Laternen und Gitter mit zehn Zentimeter langen Stahlnägeln, die „Stalnrassen“ genannt werden. Im Sprachgebrauch der Grenztruppen heißen diese Matten „Flächensperren“; selbst mit schwerem Schuhwerk ist es unmöglich, über „Stalnrassen“ zu gehen.  
Entlang der 155 Kilometer langen Grenze rund um West-Berlin machen ein Jahr nach dem 13. August 1961 tausende Kilometer Stacheldraht und Mauern aus Hohlblocksteinen Fluchten fast unmöglich. Zehn Jahre später sind fast alle Drahtverhaue durch massive Sperren aus Betonplatten oder Zäune aus Streckmetall ersetzt. 60 Prozent der Grenze sind zudem durch Sperrgräben verstärkt, es gibt mehr als 200 Laufanlagen für speziell abgerichtete Hunde und fast 250 Wachtürme. Minenfelder und Selbstschussanlagen werden an der Grenze zu West-Berlin aber nicht installiert.

## SCHIESSBEFEHL

Jedes unerlaubte Verlassen der DDR ist lebensgefährlich. Die ersten der insgesamt wohl etwa 1000 Toten der innerdeutschen Grenze gibt es schon 1949, drei Jahre bevor sie durch Drahtverhaue gesperrt wird. Mit dem Mauerbau in Berlin wird auch das letzte Schlupfloch geschlossen. Kein „normaler“ Ostdeutscher weiß, dass die bewaffneten Posten der Grenztruppen anfangs keine Munition dabei haben. Neun Tage nach der Abriegelung ist sich Walter Ulbricht sicher, dass sein Kalkül aufgegangen ist und der Westen nicht unternimmt. Er kündigt im Politbüro an: „Auf die Deutschen, die den deutschen Imperialismus vertreten, werden wir schießen. Wer provoziert, auf den wird geschossen!“ Am folgenden Morgen bekommen alle Männer im Grenzdienst scharfe Patronen.  
Nur zwei Tage später erscheinen Transportpolizisten im Humboldt-

hafen nahe dem Reichstag den 24-jährigen Günter Litfin. Von nun an gilt der Schießbefehl, der nicht auf einem einzelnen Dokument basiert, sondern in verschiedenen Versionen existiert. Eine Weisung an die Grenztruppen vom 14. September 1961 lautet: „Auf Flüchtlinge, die sich der Festnahme zu entziehen versuchen, dürfen nach einem Warnschuss gezielte Schüsse abgegeben werden.“ Der Einsatzstab des SED-Politbüros legt kurz darauf fest: „Gegen Verräter und Grenzverletzer ist die Schusswaffe anzuwenden.“ Und Erich Honecker, Ulbrichts Nachfolger als SED-Chef, ordnet am 3. März 1974 unmissverständlich an: „Nach wie vor muss bei Grenzdurchbruchversuchen von der Schusswaffe rücksichtslos Gebrauch gemacht werden.“ In Kraft bleibt der Schießbefehl bis Anfang April 1989; seine Aufhebung bleibt jedoch ein streng gehütetes Geheimnis.



## KLEIN-BERLIN

Die US-Soldaten in Deutschland nennen das Fünfzig-Seelen-Dorf in Oberfranken „Little Berlin“. Wie die Hauptstadt im Großen wird es im Kleinen zum Symbol der deutschen Teilung. Denn mitten durch den winzigen Ort verläuft die innerdeutsche Grenze. Grenzort war Mödlareuth am Tannbach schon seit Jahrhunderten, liegt doch der eine Teil des Ortes in Thüringen und der andere in Bayern. Doch Auswirkungen für die Einwohner hatte das lange Zeit nicht. Sie lebten wie jede andere Dorfgemeinschaft, hatten eine Volksschule, ein Wirtshaus und einen Männergesangsverein. Zur Kirche ging es sonntags ins benachbarte bayerische Dorf Töben. Als nach dem Zweiten Weltkrieg Thüringen sowjetisch besetzt wird und Bayern amerikanisch, ändert sich daran zunächst nichts, auch wenn man nun einen Passierschein braucht. Selbst nach Gründung

der Bundesrepublik und der DDR ist die Grenze für die Mödlareuther noch durchlässig. 1952 wird alles anders: Das SED-Regime beginnt damit, die Demarkationslinie zu befestigen. Das Dorf liegt nun im „Schutzstreifen“ und darf von Bundesbürgern gar nicht mehr, von Ostdeutschen nur noch mit Sondergenehmigung betreten werden. Als politisch unzuverlässig geltende Einwohner des Ortes werden zwangsumgesiedelt. Zug um Zug wird die innerdeutsche Grenze in Mödlareuth zu einem unüberwindbaren Hindernis ausgebaut. Anstelle eines Bretterzauns entsteht Mitte der sechziger Jahre eine Betonmauer wie in Berlin. Sie dient nicht nur als Sperre, sondern auch als Sichtblende. 37 Jahre wird es dauern, bis auch in Mödlareuth die Mauer nicht mehr trennt. Die Freude unter den Menschen ist in „Klein-Berlin“ nicht geringer als in der Hauptstadt.



## FLUCHTEN

Entgegen den allgemeinen Menschenrechten gestattet die SED-Führung ihrer Bevölkerung nicht, das Land in Richtung Westen zu verlassen. Ausreisepässe für eine Übersiedlung werden häufig abgelehnt und haben Nachteile im Beruf sowie Repressionen durch die Stasi zur Folge. Was bleibt, ist für viele nur die Flucht. Die Gründe sind mannigfaltig: politische Unterdrückung und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit, aber auch der Wunsch nach Familienzusammenführung gehören dazu. Vielfältig sind auch die Fluchtwege. Sie führen mit schweren Fahrzeugen direkt durch die Grenzsperranlagen, durch mühsam gegrabene Tunnel, durch die Luft mit Heißluftballonen oder Flugzeugen und über die Ostsee, ob im Schlauchboot, auf einem Surfbrett oder sogar schwimmend. Viele setzen sich mit gefälschten Pässen über

das „benachbarte sozialistische Ausland“ ab oder werden in Kofferräumen über die Grenze geschmuggelt. Die Mehrheit der „Republikflüchtigen“ bilden jedoch die „Verbleiber“, wie sie im Stasi-Jargon genannt werden: diejenigen, die vom West-Besuch nicht zurückkehren. Die Flucht ist risikoreich. Die Zahl der gescheiterten Versuche ist ungleich höher als die der Erfolge. Zu den Todesopfern gehören Chris Gueffroy, der im Februar 1989 erschossen wird, sowie Winfried Freudenberg, der im März 1989 mit einem improvisierten Gasballon abstürzt. Sie sind die letzten, die auf dem Weg von Deutschland nach Deutschland sterben.



## MENSCHENHANDEL

In der Zeit zwischen dem Mauerbau und dem Mauerfall werden in der DDR mehr als eine Viertelmillion Frauen und Männer aus politischen Gründen inhaftiert. Viele werden als gescheiterte „Republikflüchtlinge“, als Fluchthelfer oder wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Opposition zu langen Jahren Haft verurteilt. Jeder Achte von ihnen wird von der Bundesrepublik freigekauft. Der „Menschenhandel“ beginnt 1962 am Ende der Ära Adenauer, in der Amtszeit des Ministers für gesamtdeutsche Fragen Rainer Barzel. Eine wichtige Rolle spielen bei der Anbahnung der Kontakte die Evangelischen Kirchen in Deutschland. Nach mühevollen Gesprächen wird Weihnachten 1962 der erste Freikauf vereinbart. 20 politische Häftlinge und ebenso viele Kinder kommen frei. Der Preis sind drei Eisenbahnwaggons mit Düngemittel. Doch sehr bald schraubt Ost-Berlin

die Forderungen herauf. Sind es in der Anfangszeit 40.000 DM, die pro Häftling bezahlt werden müssen, liegt der Kopffpreis in den achtziger Jahren bei fast 100.000 DM. Problematisch ist die Auswahl der Inhaftierten. Während auf DDR-Seite oft der SED-Chef oder der Stasi-Minister persönlich entscheiden, obliegt dies in der Bundesrepublik dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Der zuständige Staatssekretär Ludwig Rehlinger schreibt später: „Es war jedes Mal klar, dass die DDR nur wenige Häftlinge freilassen würde. So war es vor allem an uns, zu entscheiden, für wen wir uns besonders einsetzen. Eine sehr belastende Aufgabe.“ Bis 1989 gelangen auf dem Wege des Freikaufs 33.755 Menschen aus Bautzen, Hoheneck oder anderen berüchtigten DDR-Zuchthäusern in die Freiheit.



## „NORMALISIERUNG“

In den siebziger Jahren scheint die deutsche Frage an Bedeutung zu verlieren. Die Welt und immer mehr Westdeutsche gewöhnen sich an die Teilung des Landes. Die Rede ist von „Normalisierung“. Dazu beigetragen hat eine Reihe von Verträgen zwischen Bundesrepublik und DDR. Den Abschluss bildet der im Dezember 1972 unterzeichnete Grundlagenvertrag, in dem es heißt, beide Seiten „respektieren die Unabhängigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten“.  
Die Bundesrepublik verzichtet mit dieser De-facto-Anerkennung jedoch weder auf die im Grundgesetz geforderte Wiedervereinigung noch auf eine Staatsbürgerschaft für alle Deutschen. Gleichwohl markiert der Grundlagenvertrag das Ende des westdeutschen Alleinvertragsanspruchs. Die DDR wird alsbald weltweit anerkannt. 1974 neh-

men die Vereinten Nationen beide deutsche Staaten gleichzeitig auf. Im Binnenverhältnis verfolgen alle Bundesregierungen eine Politik der kleinen Schritte. Sie soll die Folgen der Spaltung lindern, die Lebensverhältnisse der Ostdeutschen verbessern und so den Zusammenhalt der Nation festigen. 1973 werden mehr als 3,5 Millionen Reisen in die DDR gezählt, dreimal so viele wie 1970. Auch in umgekehrter Richtung gibt es erste Verbesserungen: 40.000 DDR-Deutsche unterhalb des Rentenalters dürfen in „dringenden Familienangelegenheiten“ den Westen besuchen. Die Zahl der innerdeutschen Telefongespräche, die 1970 deutlich unter einer Million jährlich lag, explodiert bis 1980 auf mehr als 23 Millionen. Allerdings verfolgt die SED-Führung eine Politik der ideologischen Abgrenzung, nicht zuletzt weil der Einfluss des Westfernsehens zunimmt.



## MAUERALLTAG

Von Osten her schirmen die Grenztruppen die Sperranlagen so gut wie möglich ab – mit Sichtblenden und Sperrgebieten. Anders auf West-Berliner Seite: Hier wird die Mauer ins Leben integriert. Graffiti-Sprayer dient sie als Leinwand, Campers beschert sie Wochenendrefugien und Kreuzberger Wirten ein Plätzchen für improvisierte Biergärten. Bald ist das Interesse für die lebensgefährliche Grenze mitten durch die Millionenteile bei den Touristen größer als bei den Einheimischen. Nur wenn wieder einmal geschossen wird, kehrt der Todesstreifen ins allgemeine Bewusstsein zurück. Da die eigentliche Sperranlage überall einige Meter auf östlichem Gebiet zurückgesetzt steht, gibt es mitten in Berlin rechtsfreie Räume, die die West-Berliner Polizei nicht betreten darf. Hier entstehen vielfach illegale Bauten, die bis 1990 und zum Teil noch heute existieren.

West-Berliner Kinder, die im Schatten der Mauer aufwachsen, spielen statt „Räuber und Gendarm“ mitunter „Grenzer und Flüchtling“. So realistisch ahnen sie teilweise die Wirklichkeit nach, dass der „Flüchtling“ regelmäßig „totgeschossen“ wird. Kinder verarbeiten die Unmenschlichkeit unbewusst. Erwachsene hingegen oft gar nicht. Nur scheinbar haben sich die Menschen der Realität angepasst. In Wirklichkeit leiden jedoch viele von ihnen an der „Mauer-Krankheit“, von der Psychiater sprechen. Es handelt sich um ein Syndrom psychosomatischer Störungen, häufig begleitet von Depressionen und dem Gefühl, „eingemauert“ zu sein. West-Berlin ab 1961 gilt als Stadt mit einer der höchsten Selbstmordraten in der Welt. Für Ost-Berlin liegt die Zahl der Suizide und Suizidversuche allerdings noch höher.

